
Buchbesprechungen

Jahrbuch für europäische Geschichte hrsg. von Heinz Duchhardt, Band 1/2000, Oldenbourg Verlag, München 2000, 238 S.

Mit diesem Jahrbuch schafft sich das Institut für Europäische Geschichte in Mainz sein Hausperiodikum und will zugleich den (im weiteren Sinne) historischen Fachdiskurs stabilisieren, der das Projekt der europäischen Einigung kritisch begleitet, und jene Züge (auch und gerade vor 1945!) herausarbeiten, „die bei aller nationalen und regionalen Vielfalten dem alten Kontinent doch etwas einheitslich-geschlossenes verleihen“, wie der Herausgeber im Geleitwort schreibt.

Die Geschichte des Mainzer Instituts, das nach dem Zweiten Weltkrieg der Gruppe vor allem katholisch inspirierter Historiker institutionellen Rückhalt gab, die eine Überwindung des Nationalismus durch die Idee der Einheit des Abendlandes und eine deutsch-französische Annäherung suchten, legte nahe, solch ein Vorhaben in Angriff zu nehmen. Ob die Lücke, die dieses Jahrbuch schließt, wirklich so groß ist wie *Duchhardts* Resümee des Europadenkens nahelegt (S. 1-16), wird sich erst noch erweisen müssen.

Die Abhandlungen sind diesmal dem Schwerpunkt „Bilanz des 20. Jahrhunderts“ gewidmet und erörtern Triebkräfte der europäischen Integration (*W. Loth*), den Nationalismus (*H.-G. Haupt*), die Ablösung der Demokratien durch faschistische und autoritäre

Regime im zweiten Drittel des 20. Jh.s (*H. Mommsen*), Sicherheitskonzepte im Wandel (*C. Gasteyger*), die Rolle politischer Rituale in demokratischen und autoritären Regimen (*H.-U. Thamer*) sowie europäische Zyklen der ökonomischen Entwicklung zwischen 1900 und 1995 (*H. van der Wee*). Kulturgeschichtliche Fragestellungen bringt *W. Reinhard* mit einem Resümee seines großen inzwischen erschienen Panoramas der Verfassungsgeschichte Europas ein.

Eine zweite Rubrik bietet anstelle von Buchbesprechungen Forschungsberichte, in diesem Band zu den Jubiläen des Westfälischen Friedens (*J. Arndt*) und der Revolution von 1848 (*D. Hein*). Am Ende steht eine Auswahlbibliographie (S. 189-238) zum Europa-Schrifttum aus den Jahren 1998/99, das noch einmal die gesamte Problematik der Etablierung eines solchen neuen Fachgebietes aufzeigt. Zweifellos ist die ausführliche Literaturliste von erheblichem Nutzen für Standorte mit schlecht ausgestatteten Bibliotheken oder für Studienanfänger, aber eine überzeugende Wissensordnung für die neu zu etablierende Europageschichte ist mit diesem Kompromiß zwischen traditioneller Bibliothekseinteilung und aktuellen Forschungsrichtungen wohl noch nicht gewonnen.

Der gleichfalls abgedruckte Bericht über das universitäre Europainstitut in Basel signalisiert schließlich einen sehr praktischen Vorzug des Jahrbuchs, in dem die Möglichkeit zu Kooperationen

durch Informationen über die Institutionalisierung der neuen Europageschichte gegeben wird.

Matthias Middell

John K. Walton, Chartism, Routledge, London/New York 1999 (Lancaster Pamphlets), 86 S.

Der einführende Charakter zeichnet die vor allem für fortgeschrittene Schüler und Studenten konzipierten „Lancaster Pamphlets“ aus, und das gilt auch für den Band von *John K. Walton* über den Chartismus, der die wesentlichen Fragen dieser nicht nur politischen Bewegung behandelt. *Walton*, der über die Sozialgeschichte von Lancashire publizierte und zwei weitere Bände in den „Lancaster“-Reihe (Disraeli, Zweite Wahlrechtsreform) verfaßte, gibt einen knappen problemorientierten Überblick. Er untersucht die ökonomischen, rechtlichen und politischen Ziele der Chartisten, analysiert Muster und Differenzen der regionalen und lokalen Unterstützung für den Chartismus, diskutiert aber auch die Gründe für den Niedergang der Bewegung.

Dabei wertet *Walton* den Chartismus weniger als reaktiv, sondern stärker von seiner eigenen Kapazität her – als eine Bewegung zu einem Zeitpunkt größter revolutionärer Möglichkeiten (den Jahren der Petitionen an das Unterhaus: 1839, 1842 und möglicherweise auch 1848) in der englischen bzw. britischen Geschichte zwischen 1640 und der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Zwar entstand der Chartismus aus Unzufriedenheit über die 1832er Wahlrechtsreform und erhielt Auftrieb in den dreißiger und vierziger Jahren mit ihren wirtschaftlichen Depressio-

nen, sozialen Ungerechtigkeiten und Krisen, aber er stützte sich auf radikale Traditionen, Kulturen und Prinzipien; sein Einfluß war nicht automatisch in den Gebieten stärkerer wirtschaftlicher Erschütterung größer. *Walton* stellt die wichtigsten Ergebnisse der Chartismusforschung vor, die einer der bedeutendsten Forschungsbereiche des „linguistic turn“ (*Gareth Stedman Jones, N. Kirk*) ausmacht. Der Verf. weist aber auch auf Gegenbeispiele hin, die einen Gegentrend zu biographischer Forschung (*James Epstein* über Feargus O'Connor, *Joel Wiener* über William Lovett) markieren. *Walton* betont zu Recht, daß durch die (zeitweilige) Konzentration auf Sprache und Sozialstruktur der Blick auf die den Chartismus prägenden Persönlichkeiten nicht verstellt werden sollte.

Keineswegs hatte der Chartismus nur politische Ziele (die sechs berühmten Punkte: Männerwahlrecht ab 21 Jahre, geheime und jährlich stattfindende Wahlen, Vereinheitlichung der Wahlkreise, Aufhebung der Eigentumsqualifikation [Zensus] für passives Wahlrecht und Ersatz durch 100 Unterschriften für Kandidaten, Jahresgehalt für Abgeordnete), sondern er war auch eine soziale Bewegung. Die Kampagne gegen das *New Poor Law* von 1834, das als Symbol des Scheiterns der Wahlrechtsreform von 1832 verstanden wurde, brachte den Chartisten ebenso Zulauf wie die Unzufriedenheit mit der *Factory Reform* von 1833, die Forderung nach dem Zehn-Stunden-Arbeitstag und Proteste gegen Arbeitsbedingungen. Die strikte Trennung zwischen einer *physical* und einer *moral force party* hält *Walton* für eine weitestgehend künstliche. Die Forderung nach gewaltsamen Maßnahmen und nach Aufstand hätte demnach